

Rede von Fritz Bock über den Stand der Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG (Wien, 18. Januar 1967)

Legende: Am 18. Januar 1967 verteidigt der österreichische Minister für Handel und Industrie, Fritz Bock, vor dem Nationalrat die Europapolitik der Regierung von Josef Klaus, Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die der Sozialdemokrat Bruno Kreisky kritisiert.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. III.; 42. Sitzung. 18.01.1967. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_fritz_bock_uber_den_stand_der_verhandlungen_zwischen_osterreich_und_der_ewg_wien_18_januar_1967-de-7082a9bf-abe5-45fa-a532-4c3044bd5f76.html

Publication date: 20/10/2012

Rede von Fritz Bock über den Stand der Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG (Wien, 18. Januar 1967)

[...]

Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat eine sehr wichtige Frage zur Diskussion gestellt und sie in der Antwort in Zweifel gezogen: die Frage, ob die Bundesregierung die Außenpolitik der bisherigen Regierungen in allen ihren Sparten unverändert fortsetzt. Der Abgeordnete Kreisky hat dies bestritten.

Ich möchte nun auf diese Frage, soweit sie den Integrationsteil der österreichischen Außenpolitik betrifft, eine Antwort bzw. eine Richtigestellung vorbringen. Ich darf zunächst das Hohe Haus daran erinnern, daß die Bemühungen Österreichs, in einer uns geeignet erscheinenden Form an der wirtschaftlichen Integration Europas teilzunehmen, immer auch von dem Grundsatz, der von beiden Regierungsparteien in vollkommen gleicher Auffassung vertreten wurde, geleitet waren, daß es sich um eine echte Teilnahme an der wirtschaftlichen Seite der europäischen Integration handeln soll, daß Österreich jedoch auf Grund seines völkerrechtlichen Status als immerwährend neutraler Staat selbstverständlich irgendeine Teilnahme an politischen Integrationsbewegungen ablehnen muß. Bei den seinerzeitigen beiden Regierungsparteien hat es über diesen Grundsatz niemals einen Zweifel gegeben. Ich stelle fest, daß selbstverständlich die jetzige Regierung völlig unverändert an diesem Grundsatz festhält.

Aus dieser Erwägung heraus haben wir seinerzeit auch die Frage geprüft, ob Österreich nach dem Scheitern der Bemühungen im sogenannten Maudling-Komitee auf dem Boden der OECD um eine große europäische Freihandelszone dem vor allem von der britischen Regierung ausgegangenen Vorschlag, eine kleine europäische Freihandelszone zu gründen, beitreten solle. Wir sind übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, daß es keinerlei politische Bedenken gegen einen solchen Entschluß, eine solche Haltung gebe und daß die damalige Situation in Europa den Beitritt Österreichs zur EFTA empfehlenswert mache.

Der Herr Abgeordnete Kreisky hat schon auf die zwei Zielsetzungen der EFTA verwiesen, die darin bestehen, daß in Form einer Freihandelszone ein gemeinsamer, von Zwischenzöllen befreiter Wirtschaftsraum geschaffen werden solle und daß die EFTA — das ist das zweite Ziel, das in der Präambel des Vertrages von Stockholm enthalten ist —, wenn ich es so formulieren darf, ein Instrument in den Bemühungen zur Schaffung einer gesamteuropäischen Lösung darstellen solle.

Wir sind nun — Herr Abgeordneter Kreisky, ich darf wohl sagen: ich vielleicht öfter als Sie — im Laufe der späteren Begebenheiten immer wieder gefragt worden, ob es sinnvoll war, daß wir uns damals dieser Auffassung, daß ein EFTA-Beitritt Österreichs erfolgen soll, angeschlossen haben, und ob es nicht vielleicht besser gewesen wäre, dieser kleinen Freihandelszone fernzubleiben.

Ich habe nie ermangelt — und ich habe es, glaube ich, mehr als einmal auch von der Regierungsbank des Hohen Hauses aus getan —, immer wieder auf die Begründungen hinzuweisen, die für uns damals maßgeblich waren, ein Mitglied dieser EFTA zu werden: Einmal standen wir ja vor dem Problem, daß die damals ins Leben getretene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft für uns eine ernste Diskriminierung in bezug auf den österreichischen Außenhandel bringen werde, ein Problem, das in diesen sechs Jahren seither bittere Wirklichkeit geworden ist. Zweitens hätte damals in den Jahren 1959 und 1960 wohl niemand verstanden, wenn sich Österreich einer Organisation nicht angeschlossen hätte, deren erklärtes Ziel die gesamteuropäische Lösung war. Daß sie, wie Sie selbst sagen, Herr Abgeordneter, dieses Ziel nicht erreichen konnte, daß sich die EFTA nicht als ein taugliches Instrument einer solchen gesamteuropäischen Lösung erwiesen hat, konnten wir damals bei Gott nicht wissen; es ist eine Erfahrungstatsache, die sich im Laufe der Zeit ergeben hat.

Es ist ferner richtig, daß die Beseitigung der Zwischenzölle innerhalb der EFTA-Staaten unseren österreichischen Ex- und Importrelationen jenen erwähnten Auftrieb gegeben hat, mit dem wir eben dem bedeutenden Diskriminierungseffekt vis-à-vis der EWG wenigstens zum Teil, aber eben nur zum Teil entgegneten konnten bzw. eben einen Teil von Erleichterungen schaffen konnten gegenüber dem, was uns durch die Erschwernis der Diskriminierung seitens der Wirtschaftsgemeinschaft sonst für unseren Export

zugewachsen ist.

Ich glaube also, man muß heute so wie in den vergangenen sechs Jahren und später für die österreichische Geschichtsschreibung immer wieder feststellen, daß die Entscheidung der damaligen Regierungen und des Hohen Hauses bei der Beschlußfassung über die entsprechenden Gesetzesvorlagen richtig gewesen ist.

Das enthebt natürlich weder eine Regierung noch ein Parlament der Verpflichtung, einmal getroffene Entscheidungen auf ihre Wirksamkeit im Lichte ihrer Weiterentwicklung ständig zu überprüfen und ständig nach neuen Wegen zu suchen, die — ich spreche ja nur von der wirtschaftlichen Integrationsseite — eben die ständig in Bewegung befindliche Wirtschaft von einer verantwortlichen Staatsführung verlangt.

Es ist genau das eingetreten, was ich mir schon damals zu sagen erlaubte — man kann das in meinen Aufsätzen nachlesen, wenn man es wünscht, und es, wie ich glaube, auch aus dem stenographischen Protokoll des Hohen Hauses entnehmen —, nämlich, daß die Vorteile, die wir aus der EFTA-Mitgliedschaft für unsere Exportwirtschaft lukrieren können, leider — ich betone ausdrücklich: leider — nicht im entferntesten in der Lage sein können, die Nachteile, die uns aus der Nichtteilnahme an dem Gemeinsamen Markt der sechs Westeuropäer erwachsen, auszugleichen. Ein solcher Ausgleich ist einfach quantitativ nicht möglich. Darüber ist niemandem ein Vorwurf zu machen, das ergibt sich einfach aus der wirtschaftspolitischen Situation Österreichs.

Ich habe auch nie versäumt und habe das bis zuletzt getan und spreche es auch hier wieder aus, darauf hinzuweisen, daß sich das System, das wir mit einer Freihandelszone erstmalig auf europäischem Boden entwickelt haben, als manipulierbar erwiesen hat und die Einwände, die man gegen das System der Ursprungszeugnisse, das notwendigerweise damit verbunden ist, hatte und noch hat, sicherlich nicht vom Tisch zu wischen sind, aber überwunden werden können; wir haben es nun seit sechs Jahren innerhalb der EFTA bewiesen.

Herr Minister Kreisky, ich glaube, Sie machten es sich zu leicht, als Sie vorhin gesagt haben, daß das Scheitern einer gesamteuropäischen Lösung zwischen EWG und EFTA, also das, was man lange Zeit gemeiniglich einen „Brückenschlag“ genannt hat, allein auf politische Gründe zurückzuführen ist. Ich teile mit Ihnen natürlich die Auffassung, daß politische Gründe sehr maßgeblich waren und vielleicht auch noch maßgeblich sind, wir wissen das nicht. Aber man muß das Problem doch wohl auch von der rein sachlich-technischen Seite durchleuchten. Dann kommt man nämlich darauf, welche sachlichen Schwierigkeiten, welche sehr starken sachlichen Einwendungen einem solchen Brückenschlag, wie er von der britischen Regierung anläßlich der Wiener EFTA-Konferenz im Mai 1965 initiiert wurde, gegenüberstehen müssen.

Wenn wir nämlich eine gesamteuropäische Lösung zwischen den beiden Wirtschaftsgemeinschaften anstreben wollen, so müssen wir uns zunächst fragen, welche möglichen Lösungen gegeben sind. Da nun wir alle Mitglieder des GATT sind und den Verpflichtungen des GATT mit den Präferenzen — das ist ja das Hauptsächliche dieser Organisation — unterworfen sind, zeigen sich in Wirklichkeit nur zwei technisch und sachlich mögliche Lösungen, nämlich entweder eine Lösung zwischen EFTA und EWG in Form einer Freihandelszone oder — die zweite Lösungsmöglichkeit — in Form einer Zollunion, die sich sicherlich im Laufe der Zeit zu einer Wirtschaftsunion entwickeln würde. Eine dritte Lösung ist zwar als Übergang denkbar, aber nicht als endgültige Lösung, weil jede andere Lösung dem GATT-Vertrag widersprechen würde.

Was zeigt aber diese Gegenüberstellung der beiden Möglichkeiten? Sie zeigt — ich kann die Aussage nicht namens der EWG machen, aber ich könnte es mir vorstellen —, daß vielleicht die EWG-Seite für eine Zollunionlösung zu haben wäre, sie zeigt auf der anderen Seite — das wissen wir ganz deutlich —, daß man sich im Bereiche einzelner EFTA-Staaten — auch aus sehr verständlichen Gründen — nicht zur Lösung einer Zollunion, sondern sich nur für die Lösung einer Freihandelszone entscheiden könnte, die wiederum — ebenso aus verständlichen Gründen auf der EWG-Seite — von dort aus nicht als akzeptabel, wenigstens bis heute nicht als akzeptabel anerkannt wurde.

Ich glaube, die österreichische Regierung war daher im Mai 1965 richtig beraten, als sie mich als Sprecher

der österreichischen Delegation ermächtigt hat— auch Sie haben ja damals dieser Formulierung zugestimmt, Herr Minister Kreisky —, eine Erklärung abzugeben, die dahin gehend lautete, daß wir selbstverständlich jede Bemühung der britischen Regierung oder welcher Regierung immer unterstützen, die auf das Ziel einer gesamteuropäischen Lösung ausgerichtet ist, daß wir aber auf Grund dieser sachlichen Erwägungen den Bemühungen skeptisch gegenüberstehen, daß wir ihnen zwar besten Erfolg wünschen, aber nicht recht daran glauben können, daß sie realisierbar sind. Wieder muß ich sagen: Leider hat uns die Entwicklung in dieser Auffassung recht gegeben.

Ich möchte jetzt in diesem Zusammenhang auch etwas von den österreichischen Bemühungen in Brüssel einschieben, und zwar im Hinblick auf diese beiden Lösungsmöglichkeiten, die nach dem GATT-Vertrag gegeben sind, also Zollunion oder Freihandelszone. Was Österreich anstrebt, ist — so lautet die offizielle Formulierung — ein wirtschaftlicher Vertrag besonderer Art. Ich glaube, daß diese Formulierung notwendig ist, weil sie viel, und zwar Wesentliches, aussagt. Sie sagt nämlich aus, daß auch im Falle einer gesamteuropäischen Lösung diese sehr wahrscheinlich so konstruiert wäre, daß Österreich als immerwährend neutraler Staat und unter Berücksichtigung der selbstverständlichen Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag trotz einer vielleicht denkbaren gesamteuropäischen Lösung immer noch einen Vertrag mit Brüssel braucht, der auf die österreichischen Besonderheiten besonders Rücksicht nimmt.

(Der Präsident übernimmt den Vorsitz)

Und hier bin ich wieder bei der Frage, ob die neue Regierung, Herr Abgeordneter Kreisky, die alte Außenpolitik in dieser Sparte fortgesetzt hat oder nicht. Sie hat es getan, denn das, was Sie, Herr Minister Kreisky, im Auftrag der Regierung damals in Ihrem Brief vom 15. Dezember 1961 an die Kommission in Brüssel niedergelegt haben, was Sie dann am 28. Juli 1962 in dem mündlichen Vortrag vor dem EWG-Ministerrat für Österreich ausgesagt haben, war das Programm eines wirtschaftlichen Vertrages besonderer Art, und daran hat sich bis heute selbstverständlich, möchte ich sagen, nichts geändert.

Ich stimme mit Ihnen überein, wenn Sie vorhin gesagt haben, daß ein neuerliches Scheitern der jetzt eingeleiteten britischen Bemühungen, denen wir, das kann ich wohl sagen, besten Erfolg wünschen, wahrscheinlich auf lange Zeit den Graben durch Europa perpetuieren würde. Auch ich kann mir nicht vorstellen, daß ein neuerliches Scheitern nicht eine solche Situation herbeiführen würde, die es beiden Teilen, der Regierung des Vereinigten Königreiches ebenso wie der EWG, einfach unmöglich macht, in absehbarer Zeit wieder Gespräche aufzunehmen. Gerade deshalb habe ich auch den Wunsch auf hoffentlich gutes Gelingen hier eingefügt.

Aber daraus ergibt sich doch eine ganz einfache Überlegung über unsere Bemühungen in Brüssel. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, die wir wieder sehr bedauern würden, daß auch diese Bemühungen der britischen Regierung nicht zum Ziele führen. Umso bedeutsamer und umso wichtiger war es ja für Österreich, seinerzeit nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EWG am 14. Jänner 1963 zu betonen, daß Österreich an der Aufnahme seiner Verhandlungen ein vitales Interesse habe, obwohl damals und fast bis zum heutigen Zeitpunkt alle übrigen Regierungen unserer EFTA-Freunde einen anderen Standpunkt eingenommen haben, nämlich den, daß es in ihrer Sicht kein geeigneter Zeitpunkt sei, nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen mit Großbritannien die eigenen Verhandlungen weiterzuführen.

Im Lichte der ganzen Entwicklung bis heute zeigt sich, daß der Standpunkt der österreichischen Regierung nach dem 14. Jänner 1963 richtig gewesen ist. Er führte zu den exploratorischen Gesprächen, zur ersten Verhandlungsrunde und zu der im Dezember des vergangenen Jahres begonnenen zweiten Verhandlungsrunde.

Herr Minister Kreisky, Sie haben gesagt, die Änderung in der Außenpolitik bezüglich des Integrationsproblems durch die neue Regierung sähen Sie darin, daß der österreichische Außenminister— Sie haben es sehr vorsichtig formuliert —, wie Sie aus Zeitungen entnehmen, in Paris bei seinem Besuch beim französischen Außenminister um Interventionen in unseren EWG-Vertragsbemühungen ersucht habe.

Bitte, es ist Sache des Herrn Außenministers, Sie über den vollständigen Inhalt seines Gespräches zu informieren. Nur eines kann ich Ihnen schon hier sagen: Dr. Tončić hat selbstverständlich um keine Intervention ersucht. Aber Sie wissen das doch aus Ihrer Praxis, Herr Minister Dr. Kreisky: Wenn Sie einen Staatsbesuch gemacht haben, sind bei einem solchen Anlaß zwischen Ihnen und Ihrem Kollegen der entsprechenden Regierung selbstverständlich Gespräche über alle die beiden Regierungen betreffenden Probleme gelaufen. So ist es doch selbstverständlich, daß auch jetzt ein österreichischer Außenminister, wenn er einen Besuch bei seinem Kollegen im Ausland macht, über die Bemühungen Österreichs in Brüssel spricht, wenn dieser Außenminister, also sein Kollege, eine Regierung vertritt, die in Brüssel Mitglied ist. Können Sie sich ein Gespräch zwischen dem österreichischen und dem französischen Außenminister vorstellen, das unter anderem nicht auch unsere Bemühungen in Brüssel zum Gegenstand hat? Das wäre ein schlechter Außenminister, der über einen der wichtigsten Gegenstände mit seinem Kollegen nicht reden würde.

Abg. Dr Kreisky: Davon habe ich aber gar nicht gesprochen!

Aber, Herr Kollege Kreisky, um eine Intervention wurde nicht ersucht und wird künftig nicht ersucht werden, wohl aber werden wir — das ist ja zum Teil auch meine Ressortaufgabe — immer dann, wenn wir mit Brüssel etwas zu verhandeln haben, auch mit den sechs Regierungen reden, denn schließlich und endlich müssen ja die Vertreter der sechs Regierungen in Brüssel zu unserem Vorhaben ihre Zustimmung geben, und was ist natürlicher, als daß wir dann, wenn es notwendig ist, über diese Probleme reden. Das ändert gar nichts an der eigenständigen Außenpolitik der österreichischen Regierung.

Und nun muß ich wirklich fragen: Wieso kann die Sozialistische Partei heute behaupten, daß ich — ich betone ausdrücklich, ich rede jetzt wieder nur für meinen Part, also für den Integrationsteil der österreichischen Außenpolitik — eine andere Politik mache, als das früher der Fall gewesen ist? Herr Abgeordneter Kreisky! Die Neutralitätsvorbehalte, an denen wir doch sehr lange gearbeitet haben, sind nach wir vor unverändert aufrecht. Unser Verlangen, im Osthandel jene Freiheiten zu behalten, die geeignet sind, den Osthandel, so wie er jetzt ist, zu garantieren, auch seine organische Entwicklung zu garantieren, sind unverändert erhalten. Hier haben wir sogar im Zuge der Verhandlungen die Fortschritte erzielen können, über die berichtet worden ist. Ich berufe mich hier zum Beispiel auf das letzte Kommuniké vom Dezember nach unserer letzten Verhandlungsrunde in Brüssel, in dem es ausdrücklich heißt, daß die Erhaltung des österreichischen Osthandels und seine organische Entwicklung nun im Interesse beider Vertragspartner gelegen ist. Das ist wirklich ein echter politischer Fortschritt, der nun mit der technischen Handhabung dieses für beide Vertragspartner als verbindlich erklärten Zieles auszufüllen ist.

Ich muß auch dem Herrn Klubobmann Vizekanzler Pittermann sagen: Es ist nicht richtig, Herr Kollege Pittermann, wenn Sie vor einigen Tagen gesagt haben, daß die Politik der ÖVP — so sagten Sie, Sie sagten nicht „der Regierung“, sondern „die Politik der ÖVP“ — so gestaltet sei, daß unseren Osthandelsbeziehungen nicht das genügende Augenmerk geschenkt werde. Für diese Behauptung gibt es wirklich keinen realen Beweis.

Abg. Dr Pittermann: Siehe die Statistik!

Wir haben weiters, Herr Abgeordneter Kreisky, das, was wir schon seit langem in Brüssel angemeldet haben, nämlich bei der Frage des Zollabbaues zwischen Österreich und der EWG die Dekalage zu verlangen, wir haben sie im Grundsatz durchgesetzt, sie ist zugesagt.

Wir haben ferner das Kündigungsrecht, selbstverständlich als unabdingbar, behalten. Wir haben uns darauf geeinigt — ich darf Sie an manche Gespräche zwischen uns zwei Ende 1964 über die Harmonisierungsfrage der Wirtschaftspolitiken im Zusammenhang mit der Vertragsformulierung erinnern, wo es mein Vorschlag war, und Sie haben mir damals sofort auch zugestimmt —, das Harmonisierungsproblem auf einen möglichst kleinen Teil zu beschränken. Die Auffassung der jetzigen Regierung, daß das so bleiben soll, ist völlig unverändert.

Wir haben uns schließlich seinerzeit darauf geeinigt, daß in der heiklen Institutionenfrage selbstverständlich

Neutralitätsproblematiken nicht angerührt werden dürfen, das heißt, daß, wenn es überhaupt Institutionen geben soll, darüber wird ja noch zu reden sein —, diese paritätisch 1 zu 1 zusammzusetzen sein werden, damit keine Entscheidungen über den Kopf Österreichs hinweg erfolgen können.

Ich frage also die sozialistische Opposition: Wo ist eine Änderung in bezug auf die Integrationspolitik dieser Regierung gegenüber dem Programm, das die früheren Regierungen entwickelt haben? Die jetzige Regierung ist praktisch nur um die Ausführung des bisherigen Programms bemüht.

(Beifall bei der ÖVP)